

Postille



Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzgefel

Besprechungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ulstein: Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausw.): Hans-Johann. Gest. Misch, Berlin. Druck: Manuscripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postanschrift: Ullsteinhaus, Berlin. Abon. Nr. 1380-1385. Bei den Fernverkäuf. Amt Döppel 308-309. Telegramm-Adress: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 665.

Stresemann zum Donez-Konflikt

Bericht im Auswärtigen Ausschuss

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde heute über die Bedeutung der deutsch-russischen Verhandlungen gesprochen. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann gab eine ausführliche Darstellung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und ging auch auf die Verhandlungen in Donez-Bezirg ein.

Die Haltung der Regierung in der ganzen Frage wurde von den Vertretern aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, einstimmig gebilligt. Man kann annehmen, daß die Tendenz der Reichspolitik weiter dahin geht, das Schicksal der Verhandlungen zu verbessern, gleichzeitig aber eine Verstärkung des Konflikts zu vermeiden, wenn nicht die Kompromittierung durch ihr Verhalten die deutschen Beziehungen hinlänglich macht.

Zur Vertiefung der Vorgänge im Donezgebiet ist bedeutsamer, was über den unmittelbaren Anlaß zur Verhinderung der deutschen Ingenieure hier berichtet. Danach soll eine nicht zu handhabende Dampfprobe bei einer vor kurzem angefaulten Turbine dieses Anlaß gebildet haben. Die deutschen Ingenieure haben es angeblich abgelehnt, die in Höhe unübersehbarer Summen vorgeschlagene Turbine einer Dampfprobe zu unterziehen, was ihnen als „Sabotageakt“ ausgelegt wurde.

Weiter hat zur Vertiefung des Konflikts die Kompromittierung der Bestimmungen des Güterprotokolls zu bedauern, die fernerzeit dem deutsch-russischen Abkommenskommissionen angeht. Diese Bestimmungen des Güterprotokolls sind bisher noch im wesentlichen nicht erfüllt worden. Sie sprechen nur, daß die Konfusion von der Regierung eines Staatsangehörigen dieses Landes zu bestrafen ist und belegen kein weiter.

Die Kenntnis des Konflikts ist entweder dadurch herbeizuführen, daß eine Mitteilung des Reichsministeriums an den Konflikt abhandelt wird oder dadurch, daß die Behörden selbst die Mitteilung unmittelbar bewirken. Die Mitteilungen sind in den nächsten 7mal 24 Stunden, in größeren Städten einschließlich der Kreisstädte bis höchstens 3mal 24 Stunden abzugeben. Die Organisationsstellen aller Welt sollen den Konsularstellen der Konsularischen Vertreter, in fort bestehende Angehörige ihres Landes zu befragen oder durch Vermittlung des Konsuls in dessen Heimat ein entgegenkommendes festgeben. Die Entfernung von richterlichen und Befehlsgewaltigen während der Unterredung mit den Gesandten kann von den konsularischen Vertretern nicht verlangt werden.

Vorher beschloß der Ausschuss, die Reichsregierung zu ersuchen, gegenüber den von der Tschechoslowakei beabsichtigten Schwärzungsgeheiß, betreffend die alten Silber-, Mark- und Goldproleten sowie Sparproleten die gegenwärtig bestehenden Bestimmungen zu ergreifen, um die Verantwortlichkeit der Reichsregierung gegenüber den Währungsbesitzern zu vermeiden.

Zum Schluß erfolgte eine Besprechung der Verhandlungen des Güterprotokolls in dem vom Ministerdirektor Osk. auf seine Anfragen zurückzugehen abgab. Dem verlegte sich der Ausschuss.

Industrie-Spionage für Moskau

Nachrichtendienst der „Postille“

8. Februar, 21. März

In der Dienstag-Sitzung des anhaltigen Landtages beantwortete die Staatsregierung eine Anfrage der Sozialdemokraten, die wissen wollten, ob die vor einigen Jahren erfolgte Verhaftung des Saboteurs Meyer von den Deutschen Geheimpolizei als „Vergeltungsmaßnahme“ wegen der Deutschen Verhaftungen in Russland erfolgt sei.

Was geschieht in Langenöls?

Eingreifen des Regierungs-Präsidenten

Nachrichtendienst der „Postille“

4. Langenöls, 21. März

In Langenöls sind heute mit dem feindlichen Vorgesetzten Regierungspräsident Schmidt, dem Landrat Seibel und eine Reihe von Gewerkschaften mit der Regierung der Reichsminister des Auswärtigen, deren Vertretung angeht, in Verhandlung. Dabei sollte sich heraus, daß fast überall bei den Anträgen auf Steuerermäßigung oder Stundung feinerer Unterlagen zum Zwecke der Forderung eingegriffen wurden. Daher müssen die Differenzen sich in manchen Fällen in der Tat, daß die Sanierung überbelastet sind, und daß sie vor allem unter den hohen Hypothekenzinsen zu leiden haben, die bei den Krediten der Geschäftlichen Landtag in Durchsicht u. v. d. betrogen.

Für heute waren vier Vertretungsgruppen angesetzt und die am Montag nicht abgehaltenen sieben Termine sind ebenfalls nachgeholt werden. Sie werden aber nicht mehr alltagsfinden. In mehreren Fällen ist jetzt bereits freiwillig Zahlung oder wenigstens Teilzahlung erfolgt, in einigen hat der Regierungspräsident Stundung erteilt. Aber meistens eine Vertiefung wird doch abzuhalten sein, um zu bestimmen, daß sich die staatlichen Organe nicht durch die Kondonpagation einlassen lassen.

Der stellvertretende Bundespräsident erklärte mit, daß die Zusammenkünfte bei den Vertretungsgruppen am Montag ebenfalls nur bei Zweck gebührt, zu „kontrollieren“, ob nicht etwa doch ein Mitglied des Landtages gegen die ausgegebene Parole handle und ein Gebot abgebe. Zufällig haben aber die extremen Elemente die Dürren gewonnen, und es ging von Anfang an nicht gerade leicht zu. Denn der Landtag hat erklärt, daß die Landwirte durch das Gefährden der Schuldscheine „provoziert“ worden seien, so ist das eine Argumentation, die von den Kommunisten entlehnt ist.

Der Vorgesetzte der ganzen Bewegung in Langenöls und den umliegenden Orten ist der oberrheinische Reichsminister für den Landrat, der Sozialdemokrat ist, der dem „Verderben“ in der Kreisverwaltung vorweist, wenn er ein Jehuamillennium zur Unterbrechung von Vandalen erteilt hätte, und den man

Wetter in Bernburg als „Vergeltungsmaßnahme“ wegen der Deutschen Verhaftungen in Russland erfolgt sei.

Die Staatsregierung antwortete, daß Meyer unter dem dringenden Verbot der Sabotagepolizei im Begriff der Gewaltregierung schenken sei. Er war im August, nach Russland auszuwandern, und hatte sich bereits zahlreiche chemische Werke der Solowje-Weite angeeignet.

Die Verhaftung ist, wie die Regierung erklärte, durch die Staatsanwaltschaft insonderlich erfolgt, da die Verdachtsgründe sehr annehmbar gewesen seien. Mehrere des Reichs noch die anhaltige Staatsregierung habe irgendeine Weisung an die Staatsanwaltschaft ergehen lassen.

eben jetzt anläßlich des vorerwähnten Ereignisses genau verzeichneten Güterverkehrs aus dem Gebiet haben möchte, nachdem es schon sehr lang kein Amt verwalte.

Bei der heutigen Vertiefung werden besondere Zwischenfälle nicht erwartet. Der Ausgang von auswärts ist nach den bisherigen Beobachtungen bedeutend schwächer. Der Landtag hat heute sich auf Grund der Verhandlungen des Abkommenskommissionen der Staat abgelehnt und die Vorteile, auch heute in Preußen in Langenöls zu erweisen, zurückgegeben.

Das Kommissionsmitglied der für die Vertiefung versammelnden Aufgaben sprechen notwendig die Arbeitslosen zu helfen, die bei dieser Vertiefung effektiv: Einige Rufe glauben tätigen zu können, während die Sanierung es ablehnen, ein Gebot abzugeben.

Schleie muß nachgeben

Eingung über den Agrarkredit

Der Streit um die Expansions der Rentenbank-Kreditanstalt, über den in der heutigen Morgenausgabe ausführlich berichtet, ist nun in letzter Stunde gütlich beigelegt worden. Im Reichsfinanzministerium hat man wohl eingesehen, daß es parlamentärisch unvorteilhaft fürwärtig sein würde, den ursprünglichen Plan gegen den Widerstand der Länder durchzuführen und das gesamte landliche Kreditwesen der unter großem arithmetischem Einfluß stehenden Rentenbank-Kreditanstalt zu unterstellen.

Die Verhandlungen zwischen der Preußen-Regierung und der Reichsregierung haben dazu geführt, daß das Reichsministerium sich nicht einverstanden erklärt hat, in wesentlichen Punkten die ursprüngliche Vorlage zu ändern. In der heutigen Reichsversammlung, in der die Vorlage zur Entscheidung liegt, werden die preußischen Vertreter entsprechende Anträge stellen, und es ist anzunehmen, daß in der von Preußen geforderten Form die Vorlage im Reichstag und im Reichstag ohne weitere Schwierigkeiten Geheiß werden wird.

Durch die preußischen Anträge wird vor allem die Schleie befreit, daß die Verwaltung des Reichsministeriums für den Genossenschaftsbereich, angeschafft, durch ein unangenehmem Kontrast der öffentlichen Kreditinstitute bis zur Verfügung stehende Kapital vergrößert und nach politischen Rücksichten verteilt wird.

Die Rentenbank-Kreditanstalt soll zwar das Recht erhalten, in gewissem Umfang auch an Genossenschaftskredit zu geben, aber nur durch die Preußenkassen. Die Preußenkassen, die eben jetzt dabei ist, die Verfügung der Kreditinstitute nach betriebswirtschaftlichen Methoden allgemein durchzuführen, behält also die Führung im Genossenschaftsbereich.

Die Vorarbeiten, die die Rentenbank-Kreditanstalt zum Zweck der Abgrenzung an Genossenschaftskredit form kann, wird auf 10 v. S. des Grundkapitals der Rentenbank-Kreditanstalt, also auf 20 Millionen Mark, beschränkt. Der Kreis der Organisationen, an die die Kredite gegeben werden können, ist genauer begrenzt worden. Zwei Drittel des Verwaltungsrates der Rentenbank-Kreditanstalt müssen allen Dingen 10 Mitglieder zu bestimmen, die fast auch eine gewisse Überzahl bezieht gegeben ist, daß die Sanierungsbüro innerhalb der Rentenbank-Kreditanstalt nicht zu eigenmächtig die neuen Kreditinrichtungen für sich allein auszubilden können.

Die schon vorher in der Besprechungsloge besprochenen, bei den neuen Krediten die Benutzung des offenen Oelmarktes auszuweisen, und auch bereits die Aufnahme von Depositen durch die Rentenbank-Kreditanstalt unterlag, so, sind einige Sitzungen befristet gegeben, daß die präparierte Rentenbank-Kreditanstalt die Genossenschaft auch auf Immobilien nicht so leicht wird durchzuführen können.

Karstadt-Zentrale in Berlin

Das Warenhaus Karstadt, das bisher seinen Hauptsitz in Hamburg hatte, beschließt, wie die „Postille“ berichtet, in absehbarer Zeit seine Zentrale nach Berlin zu verlegen und zu diesem Zweck bereits Verhandlungen mit dem Bezirkamt Berlin-Mitte angestreift, um einen geeigneten Gebäudekomplex in der Neuen Königstraße zur Errichtung seiner Zentrale zu erwerben. Die Karstadt Karstadt A.G. will nach amtlichen Quellen in großen Maße in Berlin „Wohnhäuser verkaufen“ in alten Stadteilen errichten. Das Bezirksamt Mitte hat noch nicht auf die Verhandlungen Jenseit geantwortet, daß mit einem baldigen Abschluß zu rechnen ist. Die Karstadt A.G. will den Gebäudekomplex Neue Königstraße 27-36, Reibsteinstreße, Bahnhofsstraße, auf die sich zuletzt 30 Wohnhäuser befinden, modernisieren lassen und an dieser Stelle ein Verwaltungs- und Zentral-Einkaufs-Gebäude errichten.

Bei dieser Gelegenheit soll der Grundbesitz werden, den die Königstraße jetzt besitzt. Und zwar soll eine Verwirklichung

um 10 Meter erfolgen. Als Gegenleistung für die Abtretung der entsprechenden Fläche soll eine Ermäßigung der Wertsteuerversteuer auf die Hälfte, d. h. auf etwa 20 000 bis 30 000 Mark erfolgen. Der Bau, dessen Kosten auf 16 bis 18 Millionen veranschlagt sind, soll gegen Ende 1929 beendet sein. Falls die Übertragung der Fläche nach Berlin bis innerhalb eines bestimmten Zeitpunktes nicht erfolgt, treten beträchtliche Vertragsstrafen in Kraft. Ferner wurde der Karstadt A.G. zur Beibehaltung gemacht, daß sie für die in sozialer Hinsicht Wohnungen Erlös zu schaffen habe. Auf die Wünsche der Mieter soll jede erforderliche Rücksicht genommen werden.

Die Übertragung eines so großen Komplexes nach Berlin stellt eine Zweifel ein großes bedeutsames wirtschaftliches Faktor dar. Auch würde der große Nutzen einer der Höhe von Jahren eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen. Am Freitag soll in der Reichstagsversammlung über den geplanten Vertrag verhandelt werden.